

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juni 2011



In all dem Geschwiemel ein paar klare Worte

„Für mich ist völlig klar, dass der Bundeshaushalt kein Selbstbedienungsladen anderer Länder ist.“ Welcher Bundestagsabgeordnete hat diesen Satz wohl gesagt? Richtig geraten: So etwas traut sich Rainer Brüderle, Mitglied der FDP-Fraktion und bekannt für ein offenes Wort zur rechten Zeit und zur passenden Gelegenheit. Er hat es in diesem Fall zu den Griechenlandhilfen gesagt.

Die Bundesregierung muss aufpassen. In den Fraktionen der Koalition regt sich ein mehr als nur vage empfundenes Unbehagen an der Art und Weise, wie die Prinzipien der Selbstverantwortung der Mitgliedsländer des Euro-Raumes und die Gründungsregeln der Währungsunion zunehmend missachtet werden.

Darf der Finanzminister die Banken – also die privaten Kreditgeber – in die Pflicht des Verzichtes hineinreden? Sollen die Bürger eines zur Hilfe eilenden Landes jetzt auf zwei Wegen zur Kasse gebeten werden: als Steuerzahler zur Deckung der Transfers der Bundesregierung in die Rettungskasse der Europäischen Währungsunion und als Gläubiger einer Bank oder einer Sparkasse, der sie ihre Ersparnisse anvertraut haben?

Es wird gesagt, die Bundesregierung fordere zu Recht eine Beteiligung des Privatsektors an der Rettung eines in Schwierigkeiten geratenen Mitgliedslandes der Europäischen Währungsunion. Das klingt so, als schauten die Bürger maßvoll interessiert, aber eigentlich doch teilnahmslos zu, wie ihr Staat, wie ihre Regierung sich bemüht, einem scheiternden Mitglied der Währungsunion zu helfen. Aber sind es nicht die Bürger, die den Staat mit ihren Steuern in die Lage versetzen zu helfen? Und ist es das abstrakte Gebilde „Staat“ oder sind es die Bürger, die die Last des Schadens zu tragen haben, wenn der scheiternde Empfängerstaat nicht in die Lage gerät, kreditierte Hilfen mit Rückzahlungen zu bedienen?

Die Bundesregierung fordert die Beteiligung des Privatsektors. Ja, woher kommen denn die Mittel, wenn nicht aus dem Erwerbsstreben und der Disziplin der Privaten?

Hans D. Barbier

Agrarbericht 2011

Mitte Mai hat die Bundesregierung ihren „Agrarpolitischen Bericht 2011“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 17/5810) vorgelegt. Der letzte Agrarbericht ist aus dem Jahr 2007; damals wurde beschlossen, den Bericht nur noch im Vier-Jahres-Rhythmus herauszugeben. Der Bericht befasst sich mit der Lage in der Land- und Ernährungswirtschaft und deren Entwicklung in den zurückliegenden Jahren.

In Deutschland gab es 2010 rund 300 700 landwirtschaftliche Betriebe. Laut Agrarbericht bedeutet das im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung im Jahr 2007 einen Rückgang um rund 20 900 Bauernhöfe. 90 Prozent der Höfe werden von Einzelunternehmern bewirtschaftet. Von diesen rund 275 000 Betrieben wird allerdings lediglich die Hälfte im Haupterwerb geführt. Dem Bericht zufolge arbeiteten 2010 rund 1,1 Millionen Menschen in der Landwirtschaft, auch hier die eindeutige Tendenz: fallend.

Gewachsen ist dagegen die bewirtschaftete Durchschnittsfläche pro Betrieb, sie stieg von 52 auf nunmehr 56 Hektar. Mehr als die Hälfte der deutschen Agrarfläche (55 Prozent) wird von Großbetrieben mit 100 Hektar oder mehr bewirtschaftet.

Kontinuierlich zugenommen haben in den letzten Jahren auch die öffentlichen Di-

rektzahlungen und Zuschüsse. Sie erreichten 2010 mit annähernd 30 000 Euro je Unternehmen einen Höchststand. Das lässt sich auf die höhere Agrardieselerstattung sowie die Zahlungen im Rahmen des EU-Sofortprogramms für den Milchsektor zurückführen. Im Durchschnitt aller Betriebe lag der Anteil der staatlichen Zahlungen am Einkommen bei 69 Prozent. Der Löwenanteil entfällt auf die EU-Direktzahlungen: Jeder Haupterwerbsbetrieb erhielt 21 257 Euro aus Brüssel, ein Anteil von rund 60 Prozent am Unternehmensgewinn. Die höchsten Subventionen erhielten mit knapp 36 900 Euro die Ackerbaubetriebe; Milchviehbetriebe kamen im Schnitt auf rund 19 230 Euro.

dipbt.bundestag.de

Elektromobilität

Bis 2020 sollen auf Deutschlands Straßen eine Million Elektromobile fahren; Brennstoffzellenautos und „Plug-In-Hybride“ – eine Kombination aus Verbrennungs- und Elektromotor – inklusive. Um das zu erreichen, hat die „Nationale Plattform Elektromobilität“ – vor allem besetzt mit Vertretern der Automobilindustrie – der Bundesregierung Mitte Mai vorgeschlagen, Steuererleichterungen, Sonderabschreibungsmöglichkeiten und sonstige Subventionen zu schaffen; ansonsten seien nur 450 000 Fahrzeuge bis 2020

auf Deutschlands Straßen zu erwarten.

Die Bundesregierung hat einige Vorschläge prompt aufgegriffen und will den Herstellern vor allem bei der Forschung unter die Arme greifen: Die Forschungsmittel des Bundes sollen bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2013 auf zwei Milliarden Euro verdoppelt werden. Neben der Batterietechnik sind die Antriebstechnik und die Infrastruktur – zum Beispiel die Ladestationen – weitere Forschungsschwerpunkte. Künftige Elektromobilisten werden vielleicht auch andere Vorteile haben, zum Beispiel Vorrechte beim Parken oder bei der Nutzung von Busspuren. Das Ziel der Bundesregierung: Deutschland soll „Leitmarkt und Leitanbieter“ werden.

Das Ziel ist anspruchsvoll, denn aktuell sind nur 40 000 Fahrzeuge mit Hybrid- oder Elektroantrieb auf Deutschlands Straßen unterwegs – bei rund 42 Millionen Autos insgesamt. Bundesweit werden derzeit rund 2 800 reine Elektrofahrzeuge und 250 Ladepunkte auf Alltagstauglichkeit getestet. Mit der Selbstverpflichtung der Bundesregierung, ab 2013 jedes zehnte Dienstauto in einer Elektroversion zu kaufen, will der Bund mit gutem Beispiel vorangehen.

Das Lockmittel der Automobilindustrie für staatliche Zuwendungen: Bis 2020 sollen 30 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Forderungen nach einer direkten Subvention beim Kauf eines E-Mobils lehnte Bundeskanzlerin Angela Merkel – noch – ab.

www.bmwi.de

Mit Biomasse in die Zukunft?

Angesichts von Atomausstieg und Energiewende sind die erneuerbaren Energien verstärkt in den Mittelpunkt gerückt. Im Schatten von Windenergie und Photovoltaik bleibt die Stromerzeugung in Biogas-Anlagen in der aktuellen Diskussion eher außen vor. Dabei liegt diese Form der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen – nach der Windkraft – an zweiter Stelle.

Die Entwicklung der Biogas-Branche ist beeindruckend: Während im Jahr 2000 gerade einmal 1 050 Anlagen gezählt wurden, meldet der Fachverband Biogas für 2010 rund 6 000; in diesem Jahr sollen weitere 800 Biogas-Anlagen dazukommen. Mit dem in den Anlagen erzeugten Strom können rein rechnerisch permanent rund 4,5 Millionen Haushalte mit Strom versorgt werden.

An den insgesamt 603 Milliarden Kilowattstunden (kWh) des Bruttostromverbrauchs hatten die erneuerbaren Energien im Jahr 2010 einen Anteil von rund 17 Prozent. Innerhalb der Erneuerbaren wiederum betrug die Stromerzeugung aus Biomasse 5,6 Prozent; das entsprach 33,5 Milliarden kWh, die in Biogas-Anlagen erzeugt wurden. Nur die Windkraft lieferte mit 37,5 Milliarden kWh mehr Strom. Der Wasserkraft-Anteil an den regenerativen Energien belief sich auf 19,5 Milliarden kWh, die Photovoltaik trug zwölf Milliarden kWh bei.

Biomasse – eine Erfolgsgeschichte?

Beim genauen Blick auf den „Boom“ wird deutlich, dass diese „Erfolgsgeschichte Biomasse“ vor allem dank Vater Staat geschrieben werden kann: Das „Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Ener-

gien“ (kurz: Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG) wurde im Jahr 2000 eingeführt, um den Ausbau von Strom- und Wärmeerzeugung durch regenerative Energieträger zu fördern. Es soll vorrangig dem Klimaschutz dienen und die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern – Erdöl, Erdgas, Kohle – verringern.

Im Vergleich zur Wind- und Solarenergie hat Biomasse einen entscheidenden Vorteil: Anders als Windräder und Solarzellen produzieren Biogas-Anlagen unabhängig von Tageszeit und Wetter kontinuierlich Energie, sie sind – wie derzeit Atom- und Kohlekraftwerke – „grundlastfähig“. Da Biogas zudem speicherfähig ist, bietet es sich zum Ausgleich von Netzschwankungen an.

Energie aus Biomasse kann auf unterschiedlichen Wegen gewonnen werden: Auf Mülldeponien und bei der Abwasserbehandlung in Kläranlagen entsteht Deponie- bzw. Klärgas, das als Energieträger genutzt werden kann. Zumeist wird in Deutschland Biogas durch die Vergärung von Biomasse gewonnen.

Die Hauptarbeit in einer Biogasanlage übernehmen spezielle Bakterien. Beim Abbau von Biomasse produzieren sie zu rund zwei Dritteln Methan, außerdem entstehen Kohlendioxid, Sauerstoff,

Stickstoff und in geringer Menge weitere Gase. Verwertbar ist das Methan, das entweder zum Heizen oder zur Stromerzeugung verwendet werden kann.

In der Mehrzahl der Anlagen wird das bei der Vergärung entstandene Methangas verstromt, ins öffentliche Stromnetz eingespeist und gemäß EEG pro kWh vergütet.

Preissetzung plus EEG-Boni-Sammelsurium

Die Beihilfen-Liste für den Bau und Betrieb von Biogas-Anlagen ist vielfältig. Die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) unterstützt den Bau der Anlagen mit zinsverbilligten Darlehen. Das Land Hessen hat beispielsweise 480 Biogas- und Biomasse-Anlagen mit insgesamt 120 Millionen Euro gefördert, rund 250 000 Euro pro Anlage. Weitere Hilfen kann es aus dem EU-Agrarfonds geben.

Am 1. Januar 2009 ist eine novellierte Fassung des EEG in Kraft getreten. Darin ist festgehalten, dass bis 2020 mindestens 30 Prozent des Strom- und 14 Prozent des Wärmeverbrauchs aus regenerativen Energiequellen stammen sollen. Der Gesetzgeber wollte beim Einsatz von Biomasse erreichen, dass mehr Gülle in den Anlagen verarbeitet – dafür wurde ein



„Wir müssen für Bioenergie mehr Reststoffe verwerten und bei Biogasanlagen dezentrale Lösungen und kleinere Anlagen vor Ort fördern. Das spart lange Transportwege und erhöht die Wertschöpfung in ländlichen Regionen.“

Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

„Gülle-Bonus“ geschaffen – und mehr Anlagen-Abwärme genutzt wird – das soll dank Bonus für die Kraft-Wärme-Koppelung gelingen; zudem soll ein Technologie-Bonus innovative Technik im Biogas-Bereich voranbringen. Anlagen, die mit nachwachsenden Rohstoffen (Nawaro) – Mais, Getreide, Gras – betrieben werden, erhalten einen Nawaro-Bonus. Da wundert es kaum noch, dass sich auch ein „Formaldehyd-Bonus“ findet, der gewährt wird, wenn Grenzwerte unterschritten werden.

Das Beihilfe-System unterscheidet zusätzlich zwischen verschiedenen Anlagengrößen: Die höchsten Vergütungen erhalten kleine Anlagen (bis zu einer Leistung von 150 kW). Sie betragen laut Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) Ende 2009 rund 26 ct/kWh. Die durchschnittliche EEG-Vergütung für alle bestehenden Biogas-Anlagen lag bei 16,1 ct/kWh.

Die Kombination aus leistungsabhängiger Staffelung und verschiedenen Boni führt zu einer Vielzahl von Vergütungssätzen; theoretisch könnten maximal 30,67 ct/kWh erreicht werden. Das Ministerium weist im aktuellen EEG-Erfahrungsbericht auch darauf hin, dass an der Börse der Strom zu rund fünf ct/kWh gehandelt wird.

Die Vergütung, die zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme einer Anlage gilt, wird im Übrigen für 20 Jahre garantiert. Knackpunkt der stark differenzierten Vergütung: Die von der Politik festgelegten Beträge werden über die

Strompreise an die Stromkunden weitergegeben.

Die Gesamtvergütung im Rahmen des EEG belief sich nach Schätzungen des BMU für 2010 auf insgesamt gut zwölf Milliarden Euro, davon entfielen knapp vier Milliarden Euro auf die Biomasse.

Vom Landwirt zum Energiewirt

Da überrascht es wenig, dass für viele Landwirte Biogas zur bedeutenden Einnahmequelle geworden ist, mit der sich mehr Geld verdienen lässt als mit der Tierhaltung. So mancher Bauer sieht sich deshalb inzwischen als „Energiewirt“. Er baut Mais und Getreide nicht mehr als Lebensmittel oder Futter für Kühe, sondern für die Biogas-Anlage an.

In der Anfangszeit wurden zur Biogas-Erzeugung Gülle und Mist verwendet. Mehr Biogas – und dadurch mehr Energie – entsteht, wenn mit der Gülle organische Stoffe wie Biomüll oder Abfälle aus der Gastronomie oder der Lebensmittelindustrie vergoren werden. Für Landwirte mit größeren Biogas-Anlagen wurde es immer schwieriger, den wachsenden Bedarf an Biomüll und anderen organischen Reststoffen zu decken. Inzwischen werden Biogas-Anlagen deshalb so konstruiert, dass sie mit nachwachsenden Rohstoffen betrieben werden können, die der Landwirt selbst produziert: mit Mais, Getreide oder Rüben.

Mais ist aufgrund des besonders hohen Methangehaltes der Pflanze die ertragreichste Energiepflanze, die derzeit in Deutschland ange-

baut wird. Sie weist den höchsten Biogasertrag aus, und das hat Folgen: In den landwirtschaftlich geprägten Regionen von Bayern, in Niedersachsen, des Münsterlandes oder am Niederrhein stieg der Maisanbau nach Angaben des Naturschutzbundes Deutschland in wenigen Jahren um 80 Prozent. Ein Großteil davon landet in Biogas-Anlagen. Der höhere Bedarf an Maisanbauflächen habe die Pachtpreise in die Höhe getrieben, in manchen Regionen hätten sich die Pachtpreise binnen weniger Jahre verdoppelt. Energiepflanzen verdrängen Nahrungsmittel- und Tierfutterpflanzen – ob das ein wünschenswertes Ergebnis der staatlichen Energiepolitik sein kann?

Energiesektor ohne Markt

Die Bundesregierung hat erkannt, dass Verwerfungen bei der Biomasse-Förderung entstanden sind. Sie will in der nächsten EEG-Novelle – sie ist 2012 vorgesehen – für mehr Transparenz sorgen und die Differenzierungen bei den diversen Vergütungen eindämmen. Zudem sollen insbesondere Großanlagen stärker als bisher gefördert werden. Ergo: Die staatliche Hilfe wird neu „justiert“ und gegliedert, statt der kleinen Anbieter werden künftig große gefördert – die Hilfe für alle Energieträger und -anbieter gleichermaßen grundsätzlich zu hinterfragen, scheint keine Option für die Politik zu sein.

Biogas-Anlagen boomen aus politischen, nicht aus marktwirtschaftlichen Gründen, die „Energiewirte“ bestehen zur-

zeit vor allem, weil sie unter staatlicher Kuratel stehen. Das unterscheidet sie nicht von „normalen“ Landwirten, die ebenfalls auf staatliche Fürsorge angewiesen sind.

Dass Energiegewinnung aus regenerativen Quellen wünschenswert ist, steht außer Frage. Es ist jedoch nach wie vor offen, ob die diversen regenerativen Energieträger „die“ Energie der Zukunft in ausreichender Menge liefern werden. Was wird aus den staatlich vorgegebenen Plänen und den damit initiierten Investitionen, wenn bisher unbekanntere, bessere Technologien zur Energieerzeugung auftauchen? Einseitige und vorzeitige Festlegungen auf diese oder jene Energiequelle müssen wohlüberlegt sein.

Vermutlich wird – nicht nur – Deutschland in den kommenden Jahrzehnten auf einen Energiemix aus verschiedenen Quellen angewiesen sein. Sinnvoll wäre, den aktuellen Neustart der Energiewende zu nutzen, um zunächst für alle Energieträger – gleich, ob Kohle, Kernkraft oder Biomasse – die tatsächlichen Kosten zu ermitteln. Verzerrende Subventionen und andere staatliche Hilfen müssen selbstverständlich bei der Berechnung klar benannt werden. Erst dann lässt sich ermitteln, mit welcher Energiequelle zu welchem Preis Strom produziert und zuverlässig geliefert werden kann. Ansonsten bleibt der Energiesektor ein staatlich dominierter Bereich. Eine am Verbraucher orientierte und auf Wettbewerb bauende Soziale Marktwirtschaft sieht anders aus.

Andreas Schirmer



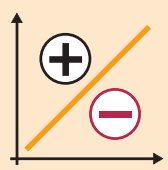
„Kein Einwand wird mich davon abbringen zu glauben, dass Armut das sicherste Mittel ist, um den Menschen in den kleinen materiellen Sorgen des Alltags verkümmern zu lassen.“

Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

Juni 2011

INDEX




Die Soziale Marktwirtschaft im Juni 2011

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung 
Die Zahl der Arbeitslosen ist im Mai erstmals in diesem Jahr unter die Marke von drei Millionen gefallen. Wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) mitteilte, gab es 2,96 Millionen registrierte Arbeitslose, knapp 120 000 weniger als im April und rund eine Viertel Million weniger als vor einem Jahr.

Diejenigen Arbeitslosen, die arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen absolvieren, sogenannte Arbeitsgelegenheiten haben oder über 58 Jahre alt sind, tauchen in der BA-Statistik nicht auf; erfasst man auch

sie, wächst die Arbeitslosenzahl auf etwa 4,2 Millionen. Diese Zahl ist aber im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls rückläufig: Damals zählte die Statistik 4,7 Millionen Menschen ohne Arbeit.

Eigenverantwortung 
Einer aktuellen Umfrage der Bank of Scotland zufolge verfügt ein Viertel der Bundesbürger über ein Sparguthaben

Sparguthaben

Anteil der Befragten in Prozent	
weniger als 1 000 €	26
1 000 bis unter 10 000 €	29
10 000 bis unter 25 000 €	16
25 000 bis unter 50 000 €	10
50 000 bis unter 100 000 €	6
100 000 € und mehr	3
keine Angaben	10

Quelle: Bank of Scotland

von weniger als 1 000 Euro. Ein knappes Drittel der Deutschen hat zwischen 1 000 und 10 000 Euro auf der hohen Kante; nur drei Prozent kommen auf Sparguthaben von 100 000 Euro oder mehr.

Eine permanent steigende Zahl von Privatinsolvenzen,

seit Jahren sinkende Realeinkommen bei abhängig Beschäftigten und Rentnern, wachsende Unsicherheiten dank politischem Hin und Her: Wie soll da eine ausreichende Selbstvorsorge zustande kommen?

Geldwertstabilität


Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes, präsentierte auf einer Pressekonferenz Ende Mai die Ergebnisse einer dreijährigen Sektoruntersuchung für den deutschen Tankstellenmarkt. Das Fazit: „Die fünf großen Tankstellenbetreiber in Deutschland ... bilden ein marktbeherrschendes Oligopol. Das führt zu überhöhten Preisen.“ Die Kartellwächter stellen fest: Die fünf großen Kraftstoffanbieter (Aral, Jet, Esso, Shell und Total) verfügen über einen Marktanteil von etwa 65 Prozent, gemessen am Kraftstoffabsatz. Dank eines „Systems der Preisbeobachtung und -meldung“ sind zeitnahe Reaktionen auf die Preisänderungen – die meist von Aral oder Shell ausgehen – möglich, auch ohne formelle Absprache.

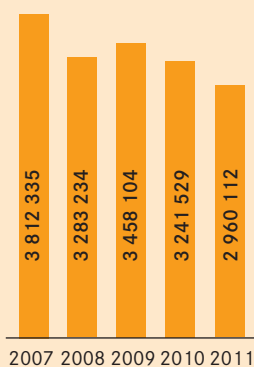
Preisentwicklung

	Kraftstoffe	Verbraucherpreise
2005	+ 8,0	+ 1,5
2006	+ 5,5	+ 1,6
2007	+ 4,1	+ 2,3
2008	+ 6,8	+ 2,6
2009	- 11,0	+ 0,4
2010	+ 11,2	+ 1,1

Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent
Quellen: Bundeskartellamt, Statistisches Bundesamt

Kraftstoffe haben einen Anteil von 3,5 Prozent am statistischen Warenkorb; dieser Anteil wirkt nur gering auf den regelmäßig erhobenen Verbraucherpreis-Index. Dennoch spielen die Benzin- und Dieselpreise eine wichtige Rolle für die Geldwertstabilität. Wer regelmäßig und häufig tankt, bemerkt Preisänderungen besonders. Allein der Blick im Vorbeifahren auf die weithin sichtbaren Preisaushänge der Tankstellen beeinflusst die „gefühlte Inflation“, die ihrerseits das Spar- und Konsumverhalten verändert. Darüber hinaus kalkulieren Transportunternehmen mit den – überhöhten – Kraftstoffpreisen und geben sie an ihre Kunden weiter.

Arbeitslose



jeweils Mai
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: Laurence Chaperon / BMELV (innen)
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard